

## Ausgliederung betrifft rund 2500 Beschäftigte

Hiobsbotschaft kurz vor Jahresende: Knapp 2500 Beschäftigte der BASF SE, also fast zehn Prozent der Belegschaft am Standort Ludwigshafen, werden ausgegliedert. Betroffen sind davon die Bereiche Agricultural Solutions, Battery Materials, Recycling GmbH und Coatings. Die Beschäftigten sollen laut Aussagen des Vorstandes zu vergleichbaren Konditionen weiterbeschäftigt werden. Kündigungen sind nicht geplant.

IGBCE Bezirksleiter Gunther Kollmuß kritisiert das Vorgehen der Konzernspitze: „Das Jahr endet für die Beschäftigten wie es begonnen hat, mit schlechten Nachrichten, die die Kolleginnen und Kollegen verunsichern. Es ist zudem äußerst unsensibel den Beschäftigten so eine eingreifende Botschaft kurz vorm Fest zu überbringen. Von besinnlicher Weihnacht kann bei den Betroffenen keine Rede mehr sein!“ Einzig, dass es keine Kündigungen geben soll, wertet der Bezirksleiter als Lichtblick.

Auch der Betriebsratsvorsitzende Sinischa Horvat zeigt sich wenig glücklich über diese Entwicklung am Standort Ludwigshafen: „Wir haben uns die Ausgliederung von Unternehmensteilen nicht gewünscht. Jetzt geht es darum, die Überleitung zu gestalten. Die Menschen in den Einheiten, die ausgegliedert werden sollen, und diejenigen, die im Chemieverbund bleiben, müssen in eine sichere und gute Zukunft geführt werden. Grundsätzlich muss darüber hinaus das Unternehmen, die BASF als Ganzes, erhalten bleiben.“

## Faire Überleitungsvereinbarung

Man könne die aktuelle Entwicklung nicht rückgängig machen, würde aber die nächsten Schritte sehr genau beobachten und darauf achten, dass keiner der betroffenen Kolleginnen und Kollegen unter die Räder kommt, betonen Gewerkschaft und Betriebsrat. „Die neuen Arbeitsverträge müssen, nicht mit vergleichbaren, sondern mit gleichen Konditionen fortgeführt und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Zudem wollen wir durch überlegtes Handeln und wasserdichte Zusicherungen das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen halten und stabilisieren. Deshalb muss eine faire, alles abdeckende und langfristige Überleitungsvereinbarung her“, so Kollmuß.

## Standortvereinbarung 2030

Gewerkschaft und Betriebsrat wollen klare Zukunftsaussichten am Stammwerk und für die Beschäftigten. Sie dringen auf eine Standortvereinbarung 2030 für den Verbund und alle von der aktuellen Entwicklung betroffenen Einheiten.

„Eine Standortvereinbarung ist der beste Schutzmechanismus und deshalb so wichtig für Ludwigshafen. Darum brauchen wir unbedingt eine genaue Beschreibung für einen

Weg zur langfristigen Sicherung des Standortes“, sagt Kollmuß. Außerdem erwartet der Bezirksleiter Investitionszusagen in nachhaltige Produkte und Anlagen. Damit meint Kollmuß nicht nur Investitionen in Neubauten, sondern auch in die Infrastruktur und die Modernisierung vorhandener Anlagen. „Die nachhaltigen Produkte müssen dann natürlich auch hier am Standort produziert werden. So dass die Zukunft von Stammwerk und Standort gesichert sind“, bringt es Gunther Kollmuß seine Forderungen auf den Punkt.

## UNSERE FORDERUNGEN – DAS MUSS ABGESICHERT SEIN:

### 1. Für die gesamte SE:

Wir brauchen eine Standortvereinbarung für den gesamten Verbund und alle betroffenen Einheiten. Volle Transparenz des Managements gegenüber den Beschäftigten bei allen kommenden Schritten! Zusagen von Investitionen in Anlagen für nachhaltige Produkte am Standort.

### 2. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen:

- Dauerhaft belastbare Sicherheit: Arbeitsbedingungen & Tarifverträge müssen voll umfänglich und nicht nur vergleichbar nachhaltig erhalten bleiben. Es muss eine klare, alles abdeckende, sichere und langfristige Überleitungsvereinbarung her. Wir werden da maximale Detailtiefe reinbringen, damit es keine bösen Überraschungen gibt!
- Die neuen Einheiten müssen Teil im erweiterten Verbund der BASF bleiben: Verbriefter Verkaufsverzicht!
- Der interne Arbeitsmarkt bleibt für die Mitarbeiter:innen – inklusive Rückkehrrecht – zugänglich!
- Unsere Vertrauensleutestruktur muss erhalten bleiben!

## Nächste Schritte:

Diese und weitere Eckpunkte sind die Basis für eine erträgliche Herauslösung von AP, CC und EC aus der BASF SE. Alle Mitarbeiter:innen können dann entscheiden, ob sie die neuen Arbeitsverträge annehmen und die Absicherungen glasklar sind. Wir werden unsere Mitglieder beraten, begleiten und unterstützen.

## Über uns:

In 56 Betrieben der Branchen Chemie, Papier, Glas und Kunststoff hat der IGBCE-Bezirk Ludwigshafen in der Vorderpfalz zwischen Frankenthal, Neustadt und Landau rund 35.000 Mitglieder. Egal ob individuelle rechtliche Beratung und Vertretung, die Begleitung betrieblicher Gremien wie Betriebsräte und Schwerbehindertenvertretungen oder die aktive Unterstützung unserer Vertrauensleute – wir sind aktive Vertreter\*innen unserer Mitglieder. Bezirksleiter ist Gunther Kollmuß. Als einer von vier Bezirken gehört der Bezirk Ludwigshafen zum Landesbezirk Rheinland-Pfalz/ Saarland.